

Vorlage

für die Sitzung des Senats

am 24.09.2013

Erhaltung des Herrenhauses Hohehorst

(Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft – Stadtbürgerschaft)

Der Abgeordnete Dr. Martin Korol hat für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

Wir fragen den Senat:

Erhaltung des Herrenhauses Hohehorst

1. Welche Vorkehrungen gedenkt der Senat zu treffen zum Schutz des in den Jahren 1928/1929 von dem Bremer Großindustriellen Georg Carl Lahusen (Norddeutsche Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei AG –Nordwolle-) errichteten, im Jahre 1962 vom Land Bremen gekauften und seit 1981 von der Drogenhilfe Bremen genutzten, unter Denkmalschutz stehenden Herrenhauses Hohehorst vor Diebstahl und Vandalismus, wenn die Drogenhilfe den Krankenhausneubau auf dem Gelände des Krankenhauses Bremen-Ost in Osterholz bezogen hat?
2. Welche Vorkehrungen gedenkt der Senat zu treffen, um die Mahnstätte im rechten Torpavillon an der Einfahrt zum Herrenhaus Hohehorst zum Gedenken an die im Jahre 1937 von der SS dort eingerichtete Organisation „Lebensborn“ e.V. nach dem Wechsel der Drogenhilfe nach Osterholz zu erhalten?
3. Mit welchen jährlichen Kosten rechnet der Senat für die Erhaltungssicherung des Herrenhauses Hohehorst und der Gedenkstätte „Lebensborn“?

Antwort des Senats auf die Frage 1:

Nach dem Auszug der derzeit auf dem Gelände ansässigen Therapieeinrichtung ist für die Dauer des Leerstandes ein professionelles Leerstandsmanagement vor Ort vorgesehen. Die Stadtgemeinde Bremen wird dazu eine systematische Leerstandsbetreuung nach dem Modell einer Hausmeisterbewachung bzw. eines Monumentendienstes auf der Liegenschaft durchführen.

Antwort des Senats auf die Frage 2:

Bei der zurzeit im rechten Torhaus eingerichteten Ausstellung handelt es sich um ein privates Archiv. Das Archiv steht in einem Untermietverhältnis zur Drogenhilfe. Eine Klärung darüber, in welcher organisatorischen und rechtlichen Form das derzeit private Archiv in Zukunft erhalten und betrieben werden soll, ist nicht Bestandteil des Vermarktungsprozesses.

Antwort des Senats auf die Frage 3:

Maßnahmen zur Verkehrssicherung werden im Rahmen der gesetzlichen Eigentümergepflichtung durchgeführt.

Bei dem derzeit vor Ort ansässigen Archiv handelt es sich um eine Privatsammlung. Informationen über Kosten des Betriebs des Archivs entziehen sich der Kenntnis des Senats.